Gemeinsame Pressemitteilung der Fraktionen SWA und BLF

Naturkindergarten Lindschied: Breite politische Mehrheit zeigte Kompromissbereitschaft – tragfähige Konzepte blieben aus

Bad Schwalbach, 18. November 2026. Die Fraktionen SWA und BLF möchten angesichts der öffentlichen Diskussion um die mögliche Schließung des Naturkindergartens Lindschied einige wesentliche Aspekte der bisherigen Beratungen klarstellen. Insbesondere weisen wir den Eindruck zurück, die Kommunalpolitik habe sich nicht ausreichend um alternative Lösungen bemüht.

Mit unserem gemeinsamen Änderungsantrag haben wir erreicht, dass in der letzten Stadtverordnetenversammlung zunächst keine abschließende Entscheidung über die Schließung getroffen wurde. Stattdessen wurde die Angelegenheit erneut an den Haupt- und Finanzausschuss überwiesen, um offene Fragen zu klären und alternative Fortführungsmöglichkeiten zu prüfen. Diesem Antrag stimmte eine breite Mehrheit der Stadtverordneten zu. Auch die fraktionsübergreifenden Redebeiträge zeigten deutlich, dass Kompromissbereitschaft und der Wunsch nach einer tragfähigen Lösung vorhanden waren. Darüber hinaus haben beide Fraktionen auch dem Änderungsantrag der Grünen zugestimmt, der allerdings keine Mehrheit fand.

Erhebliche Kostensteigerungen und veränderter Betreuungsbedarf

Die finanzielle Entwicklung des Naturkindergartens wirft erhebliche Fragen auf. Während die Stadt 2024 noch rund 110.000 Euro Zuschuss leistete, waren es 2026 bereits 150.000 Euro. Für 2027 beantragte der Träger Jugendberatung und Jugendhilfe e. V. rund 225.000 Euro. Damit würde sich der jährliche Zuschussbedarf innerhalb weniger Jahre mehr als verdoppeln.

Bei der für 2027 angenommenen durchschnittlichen Auslastung läge der monatliche städtische Zuschuss pro Kind nach den vorliegenden Zahlen rund 79 Prozent über dem Vergleichswert einer städtischen Kindertageseinrichtung aus dem Jahr 2025. Dabei ist uns bewusst, dass ein unmittelbarer Vergleich aufgrund der unterschiedlichen Haushaltsjahre und Betreuungskonzepte nur eingeschränkt möglich ist. Auch bei städtischen Einrichtungen ist mit Kostensteigerungen zu rechnen.

Dennoch wirft der erhebliche Unterschied Fragen auf. Insbesondere wäre zu erwarten, dass ein Naturkindergarten bei Gebäude-, Miet- und Energiekosten geringere Aufwendungen verursacht als eine klassische Kindertageseinrichtung. Die Erläuterungen zur Personalausstattung konnten den deutlichen Anstieg des Zuschussbedarfs aus unserer Sicht nicht ausreichend erklären.

Hinzu kommt die veränderte Bedarfssituation. Nach den vorliegenden Informationen zeichnet sich in Bad Schwalbach inzwischen zumindest in Teilen ein Überangebot an Betreuungsplätzen ab. Gleichzeitig blieb die Auslastung des Naturkindergartens über Jahre hinter den Erwartungen zurück. Dabei werden dort auch Kinder aus anderen Kommunen betreut. Diese Entwicklung muss bei der Entscheidung über die zukünftige Finanzierung ebenso berücksichtigt werden wie der besondere pädagogische Wert der Einrichtung.

Konkrete Lösungsvorschläge – wenig Bereitschaft zur Veränderung erkennbar

Im öffentlichen Teil des Haupt- und Finanzausschusses haben wir am 06.11.2026 den Geschäftsführer des Trägers ausdrücklich nach Möglichkeiten einer Finanzierung auf mehreren Säulen gefragt. Angesprochen wurden unter anderem die Gründung eines Fördervereins, die Gewinnung von Spenden und zusätzlichen Fördermitteln sowie längere Betreuungszeiten, um die Einrichtung für weitere Familien attraktiver zu machen.

Die Antwort, man könne sich darum bemühen, jedoch nichts versprechen, war für uns ernüchternd. Ein konkretes Konzept wurde nicht präsentiert, obwohl die wirtschaftlichen Schwierigkeiten bereits seit Jahren bekannt sind. Auch im Finanzierungsplan für 2027 wurden für zusätzliche Projektzuschüsse und Spenden keine Einnahmen eingeplant.

Im Verlauf der Beratungen entstand bei uns und nach unserer Wahrnehmung auch bei zahlreichen weiteren anwesenden Ausschussmitgliedern und Stadtverordneten zunehmend der Eindruck, dass seitens des Trägers wenig Bereitschaft bestand, sich ernsthaft mit Veränderungen und alternativen Lösungswegen auseinanderzusetzen. Auch wiederholte Nachfragen konnten diesen Eindruck nicht entkräften.

Statt konkreter Perspektiven wurden überwiegend die Besonderheiten eines Naturkindergartens und der notwendige Personalbedarf erläutert. Weshalb die Kosten derart stark gestiegen sind und wie eine wirtschaftlich tragfähige Fortführung gelingen könnte, blieb aus unserer Sicht weitgehend unbeantwortet.

Besonders nachdenklich stimmte uns, dass der Geschäftsführer nach der Erläuterung, die betroffenen Kinder könnten nahtlos in einer anderen Einrichtung aufgenommen werden, sinngemäß selbst dazu riet, diese Möglichkeit zu nutzen.

Fortführung hätte möglicherweise fraktionsübergreifend eine Mehrheit gefunden

Eine Fortführung mit einem städtischen Zuschuss zwischen 100.000 und 150.000 Euro wäre bei Vorlage eines tragfähigen Gesamtkonzeptes aus unserer Sicht durchaus denkbar gewesen und hätte möglicherweise auch fraktionsübergreifend eine Mehrheit finden können.

„Wir haben konkrete Lösungsansätze aufgezeigt und die Stadtverordnetenversammlung hat mit breiter Mehrheit deutlich gemacht, dass sie bereit ist, Alternativen zu prüfen. Nach Jahren bekannter wirtschaftlicher Schwierigkeiten hätten wir allerdings erwartet, dass der Träger selbst mit belastbaren Konzepten in die Beratungen kommt. Stattdessen blieb offen, wie eine wirtschaftlich tragfähige Fortführung gelingen könnte.“

Wir erkennen den besonderen pädagogischen Wert des Naturkindergartens und die Arbeit der Beschäftigten ausdrücklich an. Eine verantwortbare Entscheidung muss jedoch sowohl den Interessen der Kinder als auch dem tatsächlichen Bedarf und den finanziellen Möglichkeiten unserer Stadt gerecht werden.

Eine mögliche Schließung ist bedauerlich. Die Verantwortung für die schwierige Situation kann jedoch nicht einseitig der Kommunalpolitik zugeschrieben werden. Die breite Zustimmung zur weiteren Beratung hat gezeigt, dass die Bereitschaft zur Suche nach einem Kompromiss fraktionsübergreifend vorhanden war.

Die Fraktionen SWA und BLF der Stadtverordnetenversammlung Bad Schwalbach